

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

**zur dritten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten
Entwurfs eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (4. BAföGÄndG)**

— Drucksachen 8/134, 8/169, 8/228 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die im Bericht der Bundesregierung gemäß § 35 BAföG vom 30. Dezember 1976 ausgeklammerten Strukturprobleme der Ausbildungsförderung unverzüglich in Angriff zu nehmen und im Herbst 1977 Vorschläge zur Lösung der bestehenden Strukturprobleme vorzulegen. Dabei sind insbesondere die folgenden Ziele zu berücksichtigen:

- Begünstigung von zielstrebig Studierenden und stärkere Berücksichtigung des Leistungsprinzips,
- sachgerechtere Differenzierung der Bedarfssätze,
- Verbesserung der durch das Haushaltsstrukturgesetz getroffenen Regelung für Fachwechsler,
- Sicherung der Gleichstellung der sich über berufliche Bildungsgänge Qualifizierenden in der Ausbildungsförderung,
- Überprüfung der Einbeziehung des Berufsgrundbildungsjahres in die Ausbildungsförderung,
- familiengerechte Ausgestaltung der Ausbildungsförderung, insbesondere bei der Vorausleistung und der Überleitungsregelung,
- Überprüfung nach sozialen Unstimmigkeiten im Gesamtsystem der Ausbildungsförderung,
- Beseitigung sozialer Unstimmigkeiten der Ausbildungsförderung in bezug auf die Leistungen nach anderen Sozialgesetzen,
- Überprüfung der gesetzlichen Regelung der Ausbildungsförderung aufgrund der unterschiedlichen Gerichtsurteile zum Unterhaltsrecht,

- Anhebung des Elternfreibetrages auf 1200 DM für die Bewilligungszeiträume nach dem 1. Juli 1978, um zu verhindern, daß Schüler und Studenten, die 1977 neu in die Förderung aufgenommen werden oder als Folge der Erhöhung der Elternfreibeträge höhere Leistungen erhalten, im Herbst 1978 erneut schlechter gestellt werden,
- Überprüfung des gegenwärtigen Gesamtsystems der Ausbildungsförderung auf der Basis der Modellvorschläge der Bund-Länder-Kommission.

Bonn, den 24. März 1977

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion